

Der Wert der Vergangenheit

Vom Denkmal zum Mahnmal – über die Vielschichtigkeit der Geschichte | Von Martin Sabrow

Der historische Wertehimmel wankt. Überall in der westlichen Welt werden in diesen Wochen Denkmäler gestürzt und Symbole attackiert, die an die Taten großer oder einst für groß gehaltener Männer erinnern: in England die Statuen von Sklavenhändlern Sklavenhaltern, in Belgien ein Denkmal von König Leopold II. und in den USA eine Figurengruppe von Südstaaten-Soldaten; im Kapitol von Sacramento in Kalifornien das Denkmal von Christoph Kolumbus.

Die damit erhoffte Befreiung des öffentlichen Raums von kolonialen und rassistischen Traditionslasten erinnert an den postkommunistischen Abriss von Lenin- und Dzierżyński-Denkmalern im Ostblock nach 1989 und an den öffentlich zelebrierten Fall der Saddam-Husseini-Statue in Bagdad 2002. An solcher Befreiung ist nichts zu kritisieren: Denkmalstürze sind so legitim wie zuvor ihre Errichtung; insbesondere nach Kulturbrüchen und Regimewechseln dienen sie der Festigung des Sieges über eine abgeschüttelte Herrschaft und der Lossagung von ihren Überbleibseln. In Deutschland verschwanden nach 1918 Königskronen und Hoflieferantenschilder aus dem Stadtbild, um die republikanische Idee zu festigen, und nach Kriegsende 1945 begann die Abkehr vom Nationalsozialismus mit der Entsorgung seiner Herrschaftssymbole.

Die abermals in Bewegung geratene Denkmalkultur folgt heute einem Wandel, den die westliche Geschichtskultur schubweise und uneinheitlich bereits seit 1945 zu durchlaufen begonnen hat. Sie vollzieht den Schritt vom traditionellen Heldenkult zur heutigen Opferempathie, sie entwickelt sich weg von der anbetenden Verehrung hin zur mitfühlenden Wiedergutmachung, die sich in den letzten Jahrzehnten zum gesellschaftlichen, wenngleich am rechten Rand ausfransenden Konsens entwickelt hat.

Doch diese Erklärung reicht nicht aus, wenn die kritische Revision nicht weniger als die Geschichte der Neuzeit insge-

samt auf dem Prüfstand stellt. Christoph Kolumbus wie Martin Luther, Immanuel Kant wie Arthur Schopenhauer, Heinrich von Kleist und Richard Wagner, Otto von Bismarck wie Winston Churchill sind Gegenstände eines erbitterten Streits um öffentliche Ehr-Würdigkeit geworden, der gelegentlich auch nationalsozialistisch verfolgte Intellektuelle wie Erich Kästner erfasst: Dem Dichter, dessen Werke damals die Nazis öffentlich verbrannten, warfen ihre demokratischen Nachfahren in München vor, nicht ins Exil gegangen zu sein.

Die Tatsachen selbst sind dabei nicht zu bestreiten: Die europäische „Entdeckung“ und faktische Eroberung Amerikas, die mit Kolumbus begann, hatte tödliche Folgen für die indigene Bevölkerung, und sie bereitete dem transatlantischen Sklavenhandel den Weg; Bismarcks Organisation der Berliner Konferenz 1878 leistete der Aufteilung Afrikas Vorschub. Schopenhauer bekannte öffentlich seine Frauenfeindschaft; der im Laufe seines Lebens zum Judenfeind gewordene Luther predigte in der Wittenberger Stadtkirche, an deren Fassade noch heute als Schmähpastik eine mittelalterliche „Judasau“ zeigt, und Erich Kästner schlug sich in Deutschland durch, während viele seiner Schriftstellerkollegen im Exil zugrunde gingen.

Sorge bereiten muss aber, wenn die historische Kritik in einen moralischen Rigorismus umschlägt, der nur zwischen Gut und Böse unterscheidet und von nichts Drittem wissen will. Diese Sehnsucht nach Eindeutigkeit ist zutiefst unhistorisch. Sie verweigert sich schon der Erkenntnis, dass die Scheidelinie zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik in der Geschichte mündert, und dies auch bei Bismarck: Nicht mit seiner Politik, sondern mit seinem erzwungenen Abgang als Reichskanzler ging die Zeit des gezähmten Nationalismus in Deutschland zu Ende und machte den Weg für eine unbesonnene Großmachtspolitik frei, die ihren „Platz an



Unter Quarantäne: Churchill-Denkmal auf dem Parliament Square in London

der Sonne suchte“, indem sie das Bismarcksche Bündnissystem zerstörte und seine zurückhaltende Kolonialpolitik aufgab. Bismarck hatte nach 1870/71 keine Kriege mehr geführt noch angedroht, sondern die europäischen Händel als „ehrlicher Makler“ zu schlichten versucht, das Deutsche Reich zu einer saturierten Nation erklärt, die an Kolonien nicht interessiert sei: „So lange ich Reichskanzler bin, treiben wir keine Kolonialpolitik.“ Dass er dennoch auf dem Berliner Kongress 1878 zur Sicherung des europä-



PROF. DR. MARTIN SABROW

ist Direktor des Leibniz-Zentrums für Zeithistorische Forschung in Potsdam und Professor für Neueste Geschichte und Zeitgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. 2017 erhielt er den Golo-Mann-Preis für Geschichtsschreibung für sein Buch „Erich Honecker. Das Leben davor 1912-1945“ (C.H. Beck).

schen Friedens sogar forcierte und 1884/85 die Unterstellung von Togo, Kamerun und Gebiete in Ostafrika, Neu-Guinea samt „Bismarck-Archipel“ unter deutsche Herrschaft billigte, zählt zu der widersprüchlichen Vielschichtigkeit des politischen Handelns, die sich durch die Fixierung auf einzelne historische Akteure nicht fassen lässt, gleichviel ob als Helden wie einst oder Schurken wie heute.

Der Kampf unserer Tage gegen den Rassebegriff im Grundgesetz hingegen gilt einer historischen Formulierung, die niemand mehr als Tatsache ansieht.

Gezieltes Vergessen ist gefährlich. Es schafft Leerräume, die sich unkontrolliert füllen können. Die Zerstörung seines Porträts hat Marino Faliero, den 55. Dogen Venedigs, nicht aus der Geschichte gelöscht; aber sie hat eine Blindstelle geschaffen, die sich durch historische Rekonstruktion nicht mehr schließen lässt: Die Gerichtsakten zu dem von ihm angebliebenen Staatsstreich wurden mit der *damnatio memoriae* vernichtet. Wo aber die histori-

sche Aufklärung ins Leere greift, nehmen Legenden und Gerüchte ihren Platz ein. Was der Vormoderne recht war, ist der Gegenwart billig: In Kiel wurde vor wenigen Jahren das Hindenburgufer in Kiellinie umbenannt. Nicht bedacht hatte man, dass der scheinbar harmlose Begriff aus der Marinesprache stammt und zur eigenen Absicherung hintereinander laufende Schiffsverbände bezeichnet – in Kiel läuft die Kiellinie nun auf einen Marinestützpunkt zu, der mit dem Scheerhafen und der Tirpitzmole zwei Weltkriegsstrategen im Admiralsrang ehrt.

Wo Geschichte aber auf einsträngige Geschichtsmuster reduziert wird, geht das Verständnis für Differenzen verloren. Die Berliner Mohrenstraße, das Augsburger Mohren-Hotel, die Frankfurter Mohrenapothek sind anstößig, weil sie im Gegenwartsverständnis rassistischen Spott transportieren. Ihre Benennung aber verdankt sich im Gegenteil nicht selten einer zeitgenössischen Wertschätzung. Sie versicherte sich in einen Fall maurischer Heilkunst und verwies im anderen vermutlich auf ein schwarzafrikanisches Musikkorps im preußischen Heer Friedrichs I.

Oft ist der Sockelsturz befreiende Tat, und dann schreibt er selbst Geschichte. Aber zu bedenken bleibt, dass Denkmale mit dem Wandel der Zeit nicht nur überholtes Inventar sind. Sie können sich vom Denkmal zum Mahnmal wandeln, sie können unbequem sein, stutzig machen und Anstöße geben; sie können von einer Vergangenheit künden, die mehr ist als ein bloßer Spiegel der Gegenwart. Wenn ihr dieses Potential zu sehr genommen wird, verliert die Vergangenheit den Wert der Andersartigkeit, aus dem hilfreiche Orientierung für die Zukunft zu gewinnen ist. Antiquarische Bewahrung oder kritische Beseitigung – beides hat seinen legitimen Platz, und welche Entscheidung zwischen beidem jeweils angemessen ist, muss in der Gesellschaft immer neu ausgehandelt werden

AUF DEN ZWEITEN BLICK



INGE KLOEPPER

ist freie Journalistin. Sie schreibt u.a. für die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung und veröffentlichte zahlreiche Bücher, darunter die Biographie Friede Springers, für die sie als Wirtschaftsjournalistin des Jahres ausgezeichnet wurde.

Instinkte

In Krisen schlägt die Stunde des Staates. Das nimmt sich aktuell so aus: Der Staat verschuldet sich mit 218,5 Milliarden Euro, um das Geld nach Gutdünken an jene zu verteilen, die seiner Meinung nach bedürftig sind. Und er kauft sich mit 300 Millionen Euro Steuergeld – auch nach Gutdünken – in eines der Unternehmen ein, das an der Entwicklung eines Corona-Impfstoffs arbeitet. Warum darf man sich über so viel Anmaßung nicht aufregen? Weil in der Krise nun mal ein starker Staat gefragt ist. Die Erfahrung des Kontrollverlusts schürt die Sehnsucht nach Schutz, der – so der gesellschaftliche Konsens – nur von ganz oben kommen kann. Diejenigen, die die derzeitige Anmaßung im Staatshandeln in Frage stellen, haben einen schweren Stand.

Grund dafür ist allerdings nicht nur die aktuelle Krise. Die nahezu bedingungslose Staatsgläubigkeit bis weit in das Milieu gesellschaftlicher Eliten hinein entspricht altbewährter kontinentaleuropäischer Tradition. Spätestens seit Otto von Bismarck sind die Deutschen preußisch-etatistisch. Bereits ein paar Jahrzehnte zuvor stach das dem französischen Denker und Politiker Alexis de Tocqueville ins Auge: Allzu stark kümmere sich die Zentralgewalt um die Einzelheiten des staatlichen Lebens. „Allenthalben dringt sie weiter als früher in das Privatleben vor.“ Noch nicht einmal die Wirtschaftselite ist je besonders liberal gewesen. In Bedrohungslagen hat sie stets nach dem Staat gerufen. In den 1990er-Jahren sah es für ein paar Jahre mal etwas anders aus, als sich bis in die mittleren Schichten hinein eine gesunde Staatskepsis verbreitete. Doch blieben solche Phasen die Ausnahme der Regel. Spätestens seit dem Nullerjahren soll der Staat dem gesellschaftlichen Postulat entsprechend wieder Gerechtigkeits- und Industrie-, ja, sogar Moralpolitik betreiben.

Staatsgläubigkeit muss nicht per se schlecht sein. Sie ist aber vor allem eines: bequem. Und kann auch teuer werden. Woher weiß die Regierung, dass ausgerechnet *Curevac* das Rennen um den Impfstoff macht? Und was, wenn nicht und das millionenschwere Investment so an Wert verliert?

Skepsis verbietet sich. Auch dieses Reaktionsmuster hat Tocqueville schon vor 200 Jahren beschrieben: Wenn die Zentralgewalt den Instinkten der Bevölkerung entsprechend handle, dann könne selbst in Demokratien das Vertrauen in den Staat keine Grenzen mehr: „Niemand ist weniger unabhängig als ein freier Bürger.“

„Es reicht“?

Der „Coronasprech“ sagt mehr über den Zustand der Gesellschaft als über die Pandemie | Von Oliver Gent

Keine Frage: die Coronakrise ist nicht vorbei. Aber die Art und Weise, wie wir darüber sprechen, hat sich erheblich verändert und verrät sehr viel über deutsches Denken und Fühlen im Sommer 2020.

Vier Beobachtungen: Corona wird *erstens* in auffälliger Weise personifiziert: Das Virus „quält“ uns, es „hält uns auf Trab“, wir müssen, als blockiere es morgens das Bad, „mit ihm leben“.

Zweitens: Corona zeitigt sogenannte Reperkussionseffekte – die Debatte wird durch die Überzeugungsmacht der Wiederholung gesteuert. Geht es von politischer Seite darum, den Ernst der Lage – „Kampf gegen das Virus“ – oder die Notwendigkeit von Lockerungen – „verantwortungsvolle Normalität“ – zu plausibilisieren, helfen rhetorische Verdichtungsformeln, einen spezifischen Ansatz legitimieren zu wollen. Ähnliches gilt für die Leitmetaphorik: Corona sei kein „Sprint“, sondern ein „Marathon“. Es scheint also eine Art „Coronasprech“ zu geben.

Drittens: Die Krise zeichnet sich dadurch aus, dass kaum Wissen über den spezifischen Charakter der Bedrohung vorliegt, die Lage aber immensen Entscheidungsdruck produziert. Bereits dort ist Corona ein genuin rhetorisches Problem: Die Debatte kennt das Raster philosophischer Wahrheitssuche nicht, sie ist auf Meinungswissen abonniert,

den eigentlichen Gegenstand der Rhetorik also. Es gibt aktuell physisches und wirtschaftliches Sterben: Wie viel Sterben an welchem Pol der Skala zu viel oder zu wenig sei, lässt sich nicht eindeutig festsetzen, sondern ist auszuhandeln.

Viertens: Das Reden über Corona erfolgt nicht gleichförmig. Einerseits bildet die mediale Berichterstattung über das Virus eine gewisse Vielfalt der Argumentationsstile ab, andererseits dynamisiert sich die Debatte im Sinne einer Verlaufsfigur. Es gibt vielleicht vier Phasen des Redens über Corona, die sich festsetzen lassen.

Erste Phase: „Um Leben und Tod“
Corona tritt auf die Bühne der Wahrnehmung als eine Bedrohung, für die wir keine Entsprechung kennen: Das Virus ist im Wortsinne „unerhört“, es trägt eine Gefahr in sich, die wir nicht kennen. Kennt man den Feind nicht, ist Vorsicht geboten: Armin Laschet geht es „um Leben und Tod“, Emmanuel Macron sieht sein Land „en guerre“, im Krieg also. Rhetoriken des Dekrets und des Verbots treffen auf unerwartete Zustimmung: Die von vielen ersehnte „harte Hand“ greift durch.

Zweite Phase: „Kreative Lösungen“
Noch vor dem ersten Lockdown fluten Memes das Internet: Menschen filmen sich, wie sie ihrem Spiegelbild mit einem Glas

Sekt zuprosten. Feierabendbiere, Dinner, ja Clubabende laufen über Videoschalt. Angela Merkel selbst weist auf den Reichtum des Briefeschreibens hin. Da wird für die Pflegekräfte geklatscht, rebellische Pubertäre tragen den alten Damen wieder den Einkauf vor die Tür. Das Organisationssteam der Christopher Street Days kündigt ein „wirksamstes digitales Konzept“ an, von dem nur eines zu halten ist: Was immer das sein soll, ein CSD im eigentlichen Sinne wird das nicht. Mithin: Umschlag in der Euphemismus, Konjunktur geduldiger Beschönigungsrhetoriken.

Dritte Phase: „Es reicht!“
Geduld allerdings hat ein Haltbarkeitsdatum. Entsprechend flink äußern sich Erschöpfung, Genervtheit, Wut. Anne Will durfte sich zahlreiche Klagen anhören: von ermatteten Müttern bis hin zu panischen Restaurantbesitzern.



OLIVER GENT

lehrt Romanistik und Rhetorik an der Freien Universität Berlin.

Schon die alte Rhetorik lehrt das Argumentieren. Sollte es typische Formen des Argumentierens in Coronazeiten geben, ist eine von ihr recht wahrscheinlich der Autoritätenverweis, das schulrhetorische *argumentum ad verecundiam*. Endlich höre die Politik auf einschlägige Expertise! Indes: Der Autoritätenverweis ist fragil. Expertise und Autorität müssen nicht in der Wahrnehmung aller zusammenfallen. Eigene Nöte regen zur Variation des Argumentationschemas an: Man sucht sich einfach eine andere, oft Halbexpertise, und fordert etwa mehr Lockerungen, weil ein „Christian Drostens der Uckermark“ das empfiehlt. Das rhetorische Argumentationsschema ist identisch, nicht aber seine Indienstnahme. Man fragt sich, ob das ethische Argument ein Gesundheitsargument sei. Diskussionsstile des Coronaproblems werden ersichtlich und werden beweglich.

Vierte Phase: Entkopplung und Radikalisierung
Corona wird also beweglich, einerseits in der Indienstnahme verschiedener Argumentationsstile, andererseits dadurch, dass heterogene Gruppen in die Coronadebatte „hineinwollen“. Corona wird jetzt, in diesem Moment, zum Trägermaterial für andere Diskurse: Eine fast vergessene AfD sucht

Anschlussfähigkeit durch Kurzschluss des Pandemieproblems mit eigenen Interessen. Verschwörungstheorien suchen den Anschluss über jeweils individuierte Auslegungen der Krise. Bestimmte Klientele entsenden regelrecht Fängerfiguren, die Frustgeplagten auf Krisendemonstrationen ihre Deutungen schmackhaft machen wollen. Corona ist dann zweierlei.

Erstens ist die Pandemie lange kein virologisches oder epidemiologisches Problem mehr: Die Debatte entkoppelt sich vom Virus und verlagert sich auf andere Problemfelder, ohne dass der Coronabezug an der Oberfläche fallen gelassen wird. *Zweitens* zeigt Corona nicht nur die Neigung, andere Diskussionszusammenhänge in sich aufzunehmen, sondern auch die, sie zu verstärken: Nöte und Ängste entladen sich inmitten einer Pandemie, die empfundenes Leid verstärkt. Corona potenziert dann die schon vor der Krise vorhandene Gemengelage: Populismus, Wut, Radikalität.

Anders: Der derzeitige Zustand der Diskussion offenbart Corona als ein rhetorisches Chamäleon, das selbst die bedrohlichsten Diskussionsstile und Rhetoriken in sich aufnehmen und steigern kann. Rhetorische Argumentationsstile des „Coronasprech“ sagen uns mehr über den Zustand unserer Gesellschaft als über Corona.